

PRESSEMITTEILUNG

Freiburg, 06.07.2018

Volkshochschulen legen weiter zu – Ministerin stellt höhere Landesförderung in Aussicht – Die Volkshochschulen machen sich für den öffentlich-rechtlichen Rundfunk stark Jahrestagung des Volkshochschulverbandes in Freiburg

Die diesjährige Mitgliederversammlung des Volkshochschulverbandes Baden-Württemberg zum Thema "Externe und interne Kooperation" hat am 5. und 6. Juli in Freiburg stattgefunden. Zwei weitere zentrale Themen waren die "Eisenmannsche Zusage" der Kultusministerin, die Landesförderung der Allgemeinen Weiterbildung auf den Bundesschnitt anzuheben, und die soeben erschienene Leistungsbilanz der Volkshochschulen.

Der Vorsitzende des Volkshochschulverbandes, der Stuttgarter Oberbürgermeister Fritz Kuhn, erläuterte das diesjährige Leitthema, wie es in der „Freiburger Erklärung“ zum Ausdruck kommt. „Die Bedeutung des öffentlich-rechtlichen Rundfunks darf gerade in heutigen Zeiten von *fake news* und angesichts der gegebenen Gefahr systematischer Meinungssteuerung nicht unterschätzt werden. Wir brauchen verlässliche, unparteiische und seriöse Informationsquellen, um uns möglichst objektive Meinungen bilden zu können. Wir brauchen Medien, die uns nicht beeinflussen, sondern informieren und orientieren wollen. Der öffentlich-rechtliche Rundfunk tut genau dies. Als Volkshochschulverband haben wir uns deshalb entschlossen, diese für die Demokratie eminent wichtige Institution zu unterstützen. Wir sehen uns dabei in einer engen Partnerschaft, denn auch die Volkshochschulen wollen mit ihrem Bildungsanspruch zu einer Stabilisierung der Demokratie und des Rechtsstaats beitragen, der immer häufiger angefeindet wird.“

Rechtzeitig zur Mitgliederversammlung stellte sich die Kultusministerin Dr. Susanne Eisenmann in einem Interview mit dem Volkshochschulverband Baden-Württemberg hinter die im Weiterbildungspakt festgeschriebenen Aufgaben und Ziele, einschließlich der Finanzausstattung in Höhe des Bundesschnitts der Volkshochschulen. Um die zu diesem Bundesschnitt fehlenden rund 5 Millionen Euro jährlich „zu gewährleisten, werde ich mich dafür einsetzen, dass die Erhöhung der Grundförderung im Haushaltsjahr 2020/2021 eingeplant wird“. (Das komplette Interview mit der Kultusministerin lesen Sie hier: <https://www.vhs-bw.de/newsletter/newsletter-juni-2018.html>). „Auf diese Zusage vertrauen wir. Wir wissen, dass auf »Eisenmannsche Zusagen« Verlass ist.“, sagte der Direktor des Volkshochschulverbandes Dr. Hermann Huba.

Ebenfalls aktuell zur Tagung erschien die Leistungsbilanz 2017 der Volkshochschulen. Das Unterrichtsvolumen der 170 Einrichtungen ist erneut gestiegen und erreicht ein neues Allzeithoch, nämlich über 3,2 Millionen Unterrichtsstunden. Das sind nochmals knapp zwei Prozent mehr als im Vorjahr. Auch die Zahl der Teilnehmenden nähert sich nach einem Anstieg um 2,5 Prozent der Rekordzahl von 2,3 Millionen. Die Zuwächse sind in erster Linie auf den Bereich „Deutsch als Fremdsprache“ zurückzuführen, also auf Integrations- und Flüchtlingskurse. Das außergewöhnliche Engagement der Volkshochschulen im Integrationsbereich in den vergangenen zweieinhalb Jahren erschöpfte auch im Jahr 2017 alle verfügbaren Ressourcen – nicht zuletzt, da die Hälfte aller Integrationskurse in Baden-Württemberg an Volkshochschulen stattfindet.

Den Beitrag der Volkshochschulen zur Integration unterstrich auch das Ministerium der Justiz und für Europa, das mit dem Volkshochschulverband durch das Kooperationsprojekt „Richtig. Ankommen. Rechtsstaatsunterricht für Flüchtlinge.“ verbunden ist. In seiner Ansprache konnte Ministerialdirektor

Elmar Steinbacher den Delegierten der 170 Volkshochschulen sowie den Gästen aus Politik, Bildung und Wissenschaft vor Augen führen, dass die Zusammenarbeit innerhalb eines Jahres bereits zu 110 Kursen mit ca. 1700 Teilnehmenden geführt hat.

Zum Volkshochschulverband Baden-Württemberg gehören 170 Volkshochschulen mit rund 700 Außenstellen. Die Einrichtungen vor Ort bieten ein flächendeckendes Netz an vielfältigen Angeboten zur Allgemeinbildung, zur Gesundheitsbildung, in den Sprachen, zum Thema Integration und zur beruflichen Qualifizierung sowie in der Alphabetisierung und Grundbildung. Informationen über die Arbeitsfelder der Volkshochschulen finden Sie auf der Homepage des Volkshochschulverbandes Baden-Württemberg: www.vhs-bw.de.

Kontakt: Athanasia Tsantou, Pressestelle, Volkshochschulverband Baden-Württemberg e.V.
Raiffeisenstraße 14, 70771 Leinfelden-Echterdingen,
Telefon: (07 11) 7 59 00 -68, E-Mail: tsantou@vhs-bw.de

Erklärung des Volkshochschulverbandes Baden-Württemberg anlässlich seiner Jahresversammlung am 6. Juli 2018 in Freiburg

Freiburger Erklärung zum öffentlich-rechtlichen Rundfunk

Demokraten und Europäer fallen nicht vom Himmel

Die Legitimation des öffentlich-rechtlichen Rundfunks ist in Zweifel geraten. Brauchen wir ihn überhaupt? Und wenn ja, reicht es dann nicht, wenn er eine Mindestversorgung garantiert? Wozu ein ganzes Angebot? Wozu also eine öffentlich-rechtlich verfasste Grundversorgung mit Information, Bildung, Kultur und Unterhaltung? Bekommt man ein vielfältiges, umfassendes und ausgewogenes mediales Angebot nicht auch werbefinanziert und finanziert durch diejenigen, die nur genau das bezahlen, was sie konkret auch nachfragen?

Nein, bekommt man nicht! Denn: Wes Brot ich ess, . . . Deshalb singen nur die beitragsfinanzierten öffentlich-rechtlichen Medien das Lied der Allgemeinheit. Die Interessen der Allgemeinheit zu repräsentieren, ist noch nicht einmal der Anspruch, geschweige denn die Wirklichkeit privater Medien. Sie halten sich ja gerade selbst zugute, sich auf spezifische Interessen zu spezialisieren und sich auf diese hin zu optimieren. Ihr „Auftrag“ ist der Erfolg durch faktische Nachfrage der Werbeindustrie und durch „Quote“, also durch faktische Nachfrage der Konsumenten.

Demgegenüber ist der Auftrag der öffentlich-rechtlichen Medien gemeinwohlorientiert. Sie müssen mit ihrem Programmangebot nicht primär auf faktische subjektive Nachfrage, sondern auf objektive Bedarfe des Gemeinwesens antworten. In diesem Sinne dienen die öffentlich-rechtlichen Medien und ihre Qualitätsansprüche der sozialen, pluralistischen, rechtsstaatlichen Demokratie. Denn Demokraten, wie etwa auch europäisch denkende Bürgerinnen und Bürger, fallen eben nicht vom Himmel. Politische, ja intellektuelle Orientierungen allgemein müssen unterstützt, entwickelt, geschärft, mit Informationen versorgt und gegebenenfalls auch hervorgehoben werden. Dabei gehört es zur Konzeption der öffentlich-rechtlichen Medien, dass darüber, ob die einzelnen Angebote ihrem Auftrag auch gerecht werden, pluralistisch besetzte Aufsichtsgremien ebenso diskutieren wie die Öffentlichkeit.

Die andere Institution, deren Auftrag es ist, die Allgemeinheit mit Information, Bildung und Kultur „grundzuversorgen“, ist die Volkshochschule. Auch sie bietet in parteipolitischer und weltanschaulicher

Neutralität Bildung, Beratung und Begegnung für alle Bevölkerungsgruppen, Milieus und Altersstufen. Auch sie ist einem öffentlichen Auftrag verpflichtet, nicht primär der faktischen Nachfrage. Auch sie orientiert sich an objektiven gesellschaftlichen Bedarfen, ohne die individuellen Bedürfnisse zu vernachlässigen. Auch die Volkshochschulen sichern wie die öffentlich-rechtlichen Medien gesellschaftliche Diversität.

Die Digitalisierung der Gesellschaft macht das Ergänzungsverhältnis von öffentlich-rechtlichen Medien und Volkshochschulen besonders deutlich. Sehr konkret etwa in dem gemeinsamen Bedarf an gut aufbereiteten online-Inhalten. Volkshochschulen brauchen für ihre neuen online-Angebote - insbesondere in der politischen Bildung - offene Bildungsressourcen von hoher Qualität. Diese stehen ihnen in den Archiven und Mediatheken der öffentlich-rechtlichen Medien bislang nur eingeschränkt zur Verfügung. Um den wertvollen digitalen Content für die Weiterbildung nutzbar zu machen, muss vor allem der online-Auftrag der öffentlich-rechtlichen Medien von Einschränkungen, wie beispielweise der Nachweispflicht für den konkreten Sendungsbezug, befreit werden. Vor allem aber muss der Archivierungsauftrag erweitert werden, damit die digitalen Inhalte der öffentlich-rechtlichen Rundfunkanstalten langfristig und verlässlich im Internet verfügbar bleiben und so in die online-Bildungsangebote der Volkshochschulen integriert werden können.

In jedem Fall informieren die Volkshochschulen wie die öffentlich-rechtlichen Medien die Menschen ihrem Auftrag gemäß über vielfältige Inhalte und konfrontieren sie mit drängenden politischen und sozialen Fragen sowie gesellschaftlichen Konflikten und Herausforderungen. Damit schaffen sie die Grundlagen für selbstbestimmte freie Meinungsbildung und Meinungsäußerung: Sie schaffen die Grundlage für Meinungsfreiheit. Und wie die Meinungsfreiheit selbst sind die öffentlich-rechtlichen Medien und die Volkshochschulen deshalb für die Demokratie unentbehrlich.